

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntags: Die illustrierte „Zeitung“, „Litterarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 430 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: 1000 Zeilen 30 Pfennig in Familien-Anzeigen 1000 Zeilen 20 Pfennig. Kleinanzeigen: 1000 Zeilen 10 Pfennig. Keine Einrückung für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Meißner, Berlin. Für Rücksendung usw.: Manuskripte hat Porto beizulegen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlagsdruckerei Ullstein: Am Dönhofs 1 (A 1) 3600-3605, für den Fernverkehr Am Dönhofs 3605-3609. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postnachkonto Berlin 606.

Frankreichs Milliarden-Rüstung

Der aufgeteilte Militär-Etat

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Paris, 11. November

Der französische Senatsvoranschlag für 1931 liefert für die Zwecke der Rüstungsbeschaffung 12,2 Milliarden Franken (2 Milliarden Mark), davon 4,8 Milliarden für das Landheer, 2,8 Milliarden für die Marine, 2,5 Milliarden für die militärische Organisation der Kolonien und 2,1 Milliarden für die Luftwaffe. Darüber hinaus enthält der Etat noch eine ganze Reihe verstreuter Rüstungsausgaben, die auf mindestens 4-5 Milliarden veranschlagt sind.

Zu einer noch wesentlich höheren Ziffer gelangt der sozialistische Abgeordnete Antoinette, ein Mitglied der Finanzkommission der Kammer, der heute im „Populaire“ eine genaue Zusammenstellung aller im Budget für Gewr, Marine, Luftwaffe und Kolonien ver-

gebenen Aufwendungen veröffentlicht. Danach sind in den 4,8 Milliarden, die für das Kriegsmaterial ausgemessen sind, wieder die Ausgaben für den Ausbau der Befestigungen in Höhe von rund einer Milliarde, noch diejenigen für die im Sommer beschlossene Auffüllung der Munitionslager, Waffen- und Materialvorräte in annähernd gleicher Höhe enthalten, so daß die tatsächlichen Aufwendungen sich auf 6,9 Milliarden erhöhen.

In ähnlicher Weise sind beträchtliche Ausgaben für Marine und Luftwaffe teils auf die Veranschlagung, teils in den Budgets anderer Ministerien verstreut. Insgesamt belaufen sich für diese beiden Kapitel die über den Etat hinausgehenden Beträge auf 400 bzw. 600 Millionen. Rechnet man dazu weiterhin die im Etat des Finanzministeriums funktionslosen Ausgaben für die Militärpensionen (unter Ausschuß der Kriegsveterane) in Höhe von etwas über zwei Milliarden, so ergibt sich, daß Frankreich für seine Rüstungen in diesem Jahre nicht weniger als 19 Milliarden (6,2 Milliarden Mark) aufwendet. „Populaire“ hat recht: „Diese Ziffern mochten jeden Kommentator überflüssig.“

Spiel der Gegenrevolution

Geheimrat Ferdinand Tönnies,

Professor an der Universität Kiel

Wenn kürzlich Bülow („Vossische Zeitung“ vom 8. November) den konventionellen Fraktionsführern des Winters 1908-09 den Vorwurf macht, daß das von ihnen betriebene Spiel nicht nur trivial, sondern gleichzeitig einfältig war, so lassen diese beiden Prädikate mit gleicher Strenge und Wahrheit auf das Spiel Hög anwenden, das heute die Förderer der Gegenrevolution mit dem Spitz- und dem Zukunftsaussicht des Deutschen Reiches treiben.

Die Gegenrevolution, die man alljährlich für fast gerühmter hielt, ist lebhafter geworden in Ton und Gebaren, als je seit zehn Jahren gewesen ist: sie hat einen ungeliebten Wahlerfolg davongetragen und verfolgt ihre Ziele in einer feinen und starken Organisation nicht nur mit Dringlichkeit und Fervorität, sondern mit einer so rücksichtslosen Freiheit, wie sie nur durch ein hohes Maß von Gegengewicht eingegeben werden kann.

Über auf 50 Jahre politisches Denken zurückzuführen kann, hat die Entstehung und die Störungen des Gesetzes durch die gemeinefrühlichen Verbündeten der Sozialdemokratie erlaubt. Die damalige Gefahr war in ihrer Fülle geteilt: die Staatsform war in Preußen wie in den übrigen Einzelstaaten und im Reich durchgeformt, die Zeitung durch den Fürsten Bismarck genötigt bei der großen Mehrheit des Volkes ein unbegrenztes Vertrauen, der deutsche Kaiser und König von Preußen war ein erstklassiger und begabener Mann, dessen Haupt die Vorbereitungen von drei siegreichen Kriegen waren. Die wachsende Zahl sozialdemokratischer Stimmten, die herausfordernde Art einiger weniger demagogischer Redner, die nicht einmal dem Parteivorstande angehörten, setzten den ruhigen Bürger der kleinen Städte, noch mehr als den Landmann, von Zeit zu Zeit in Schrecken und bezirren, daß man im Ernst glaubte, die sinnlosen Schüsse eines verarmten und eines wachmühigen jungen Mannes seien das von der Sozialdemokratie herbeiführte absichtlich gegebene Signal für einen ungeheuren Aufbruch. Diese Annahmen, deren die damalige Regierung für ihre Zwecke sich bediente, waren falsch, wenn nicht fälschlich zu nennen. Im Jahre 1877 erfolgte die Zunahme sozialdemokratischer Stimmen, die einer halben Million nahekommen waren. Viermeisters Gemüt: es waren 91 von 1000 Stimmen geworden gegen 68 drei Jahre früher. Freilich, es war auch damals eine große allgemeine Krise der Volkswirtschaft, lag der Weltmarkt still, soweit sie schon vorhanden war, ausgebrochen. So habe in einer kleinen Schrift „Die Entstehung des Sozialengesetzes“ (Berlin, Springer) auf die Zusammenhänge hingewiesen.

Wir haben heute eine neue Staatsform. Das sie von vielen geliebt und erachtet wird, und zwar gerade von vielen, die als Träger der Bildung gelten, ist bekannt. Weniger bekannt ist, daß seit dem Wachsen der Republik Unabgesehen, aber gerade in den letzten Jahren mit zunehmender Intensität, auf ihre Zerstörung hingearbeitet wird: aber der Ausfall der letzten Reichstagswahlen muß jeden darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Erhaltung dieser Staatsform als ein höchst wichtiges Lebensbedingung für das Deutsche Reich und für das deutsche Volk (benn auch für Österreich, für sie es erkannt hat).

Stimm mit den Stimmten, die für die beiden Parteien, welche die „Parti national“ am Schluß der Reichstagung aller Reichstagskammern und Volksgesamtheit, die nicht zu ihnen gehören, im Rahmen ihrer, diejenigen verweigert werden, die in der gegenrevolutionären Tendenz ihnen nahe verwandt sind, nämlich Bauernbund, Landbund und Bergeländer, überdies aber die Hälfte der Stimmen, die für die Deutsche Volkspartei abgegeben wurden, als in dieser Hinsicht gleichgerichtet hinanzunehmen werden — der letzte Faktor ist genau so ungenügend, wie der Rationalismus es immer war. So finden wir, daß insgesamt 1000 Stimmen im Jahr 1928 300 gegenrevolutionäre Stimmen, im September 1930 300 ebenfalls aus den Wählenden hervorgehen. Die Zunahme beträgt also 182 vom Hundert: kein Wunder, daß diese Zunahme eine große Verunreinigung hervorgerufen hat.

Eine nähere Betrachtung der einzelnen Wahlkreise kann aber dazu dienen, die Aufzuehung

Preisferkung mit Hindernissen

Neue Verhandlungen notwendig

Das erste Ergebnis der ersten größeren Aktion der Preisregulierung zur Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel ist ein Mißlingen: ein Teil der an den Abwägungen über die Senkung der Brot- und Milchpreise Beteiligten, deren Mitwirkung für das Gelingen der ganzen Aktion von entscheidender Wichtigkeit ist, will nicht mitmachen. Die Brotfabriken, deren Vertreter an den Verhandlungen beteiligt waren und die den Beschlüssen zugestimmt hatten, haben nachträglich ihre Vertreter abgezogen. Aber die Milchpreise für die Milch sind noch unangenehmer „Mißverständnisse“ entstanden. Die meisten Milchbesitzer sind offenbar der Meinung, daß ihnen der Erfolg der Herabsetzung der Preispreise von Schmelzmeister zwischen dem Groß- und Kleinhandelspreis zugute kommen soll und haben daher die Zadenpreise nicht herabgesetzt.

Was ist geschehen? Geschehen ist eigentlich nichts. Es hat sich nur herausgestellt, daß die Abwägungen, die nach wochenlangen Verhandlungen unter Preisregulierungsausschuß mit den Vertretern der Lebensmittelgewerke getroffen wurden, nicht so einseitig waren, wie man es im Interesse des Gelingens der ganzen Aktion gerne gewollt hätte. Man konnte bereits manches in der offiziellen Mitteilung über das Ergebnis der Verhandlungen bedenklich finden. Es war an verschiedenen Stellen nur von „Empfehlungen“, von Hoffnungen und Erwartungen die Rede, wo man lieber Konkreteres erfahren hätte. Es konnte auch nicht festgestellt werden, welche Möglichkeiten geschaffen worden waren, damit sich die Abwägungen, die ja zunächst nur für Berlin gelten sollten, auch auf das Reich ausdehnen. Und vor allem mußte ein Vorbehalt in dem Beschluß des Deutschen Preisregulierungsausschusses anfallen, in dem er an seine Reichsmitglieder die Aufforderung richtete, gemäß den Abwägungen mit dem Ernährungsministerium, die Spanne für Schmelzmeister um 5 Pfennig zu legen. In dem Beschluß heißt es: „Das Preisregulierungsausschusses eine Vorleistung, die nur eine begrenzte sein kann und nur aufzuehellen wird, wenn die von der Preisregulierung auf der ganzen Linie zugewandten Abwägungsmöglichkeiten sich schmelzmeister auswirken und wenn die Händler und Inhaberinnen auch die Gemeinden auf seinen Fall die besten Absichten und besten Befehle haben, sondern im Gegenteil, ebenfalls erheblich herabsetzen.“ Es werden also Bedingungen gestellt und von „Bereitungen“ wird gesprochen, wo man eigentlich erwartet hätte, daß es sich um ein verbindende Versprechungen handelte.

Trotzdem darf man hoffen, daß diese Dinge in den Ergebnissen der bisherigen Verhandlungen, in Rürge ausgefüllt werden. Es besteht eine ganz andere Gefahr. Es besteht die Gefahr, daß das hier der ganzen Preisferkung durch die Milchbesitzer, die jetzt in Berlin entstanden sind, in Rom promittiert wird, daß ein Rückschlag von diesen angehenden und hoffentlich vorübergehenden Schmelzmeister auf die Ausschüsse des ganzen Unternehmens gesagen wird. Die Regierung drängt hat sich die fast heroische Aufgabe gestellt, eine Preisferkung durch Einwirkung von einer zentralen Stelle

aus anzuregen. Die Regierung hat sogar schon Erfolge erzielt. Diese Anfangserfolge dürfen jetzt nicht durch Gegenaktionen, die kaum allzu großer Sorge um das Wohl der Allgemeinheit entspringen können, abgedreht werden.

Die Kleinhandelspreise haben sich in letzter Zeit beträchtlich von den Preisen für Großprodukte und Lebensmittel im Großhandel entfernt. Wenn gibt es eine Reihe von Gründen, die diese Entfernung veranlassen haben, und die nicht dem Einfluß des Handelsunterliegen. Aber keinesfalls können diese Gründe die Preisunterlegung allein bestimmen haben. Es muß ja einer Verminderung der Handelspreise kommen, nicht zuletzt im Interesse des Einzelhandels selbst, weil sonst der Konsum andere Wege unter Ausschaltung des Einzelhandels zum Produzenten und Großhändler findet wird.

Metallarbeiter-Protest

Der engere Verband des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der sich aus dem Werk und den Belegschaften zusammenschließt, hat in einer Sitzung am Dienstag letzten Brief an den Schlichterpreis für die Berliner Metallindustrie gefordert. Der Verbandsvorstand Brandes sagte, daß der Streik aus, Erwartungen gemäÙ entzündet habe. Er sei ein großer Erfolg gewesen und die Arbeiter selbst, die den ersten Schlichterpreis einmütig abgelehnt und diese Ablehnung durch einen operativen Streik unterstützt hätte, hätte es nicht für möglich gehalten, daß der Berliner Schlichterpreis vor der neuernannten Schlichterkommission wiederträfen können. Gegen jeden Schlichterpreis, gäme man es das Beschäftigten der Arbeiter verweigert, werde in Zukunft jedes Weitergehen gelistet werden. Das ist der Verhandlung mit dieser Aufstellung ernst ist, beweise der ungenügende Ausbruch der Metallarbeiter in Bielefeld.

Mohrentwäße in R'o

New York, 11. November
Die New-Yorker Zeitungen melden, daß die offizielle Untersuchung des „Woods“-Zwischenfalls in die de Janeiro die völlige Schuldlosigkeit der brasilianischen Behörden ergeben habe. Die Auslagen hätten demnach, daß der Kapitän der „Woods“ unterlassen habe, den Inspektoren der Hafenbehörden nachzukommen.

Diese „Feststellungen“ stehen in so striktem Gegensatz zu allen bisher bekannt gewordenen Tatsachen, daß man zu der Hoffnung angelegentlich keineswegs als erledigt wird betrachten können.